

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattverlag

Druckerei-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

6 Ausgaben.

Preis:

„Tagblattverlag“ Nr. 650-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugspreis: Im Verlag abgeholt: M. 1.20, —, in den Ausgabestellen: M. 1.20, —, durch die Träger ins Haus gebracht M. 1.30, — monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Örtliche Anzeigen M. 30, —, Finanz- und Anleihe-Anzeigen M. 30, —, auswärts: Anzeigen M. 30, —, örtliche Anzeigen M. 60, —, auswärts: Anzeigen M. 60, — für die erste Zeile. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Landwehrstraße 35, Fernsprecher: Umland 3186.

Nr. 478.

Dienstag, 24. Oktober 1922.

70. Jahrgang.

Die Ratgeber.

Man muß den Eindruck gewinnen, die deutsche Reichsregierung sei von Freunden umgeben, wenn man sieht, wer alles, vom Ausland und Inland her, sich erbietet, ihr mit Rat und Tat zu helfen. Aber ob dem Reichskanzler nicht immer noch wohlher war, als von der einen Seite der Befehl, das unerfüllbare Londoner Ultimatum zu erfüllen, von der anderen der Selbsterhaltungswille der deutschen Wirtschaft an seinen Entschlüssen zerrte? Damals verlangte die innere Opposition von ihm wenigstens nur Dinge, die er als Deutscher mehr als gern gewährt hätte, wenn es ihm angesichts der Auslandsdrohungen möglich erschienen wäre; und die fremden Mächte nahen ihm offen als Geldforderer, sogar als Gerichtsvollzieher. Heute wird über die Erfüllbarkeit des Londoner Ultimatums nirgends mehr gestritten, das Unmögliche ist sogar in Frankreich als unmöglich erkannt. Dafür aber ist die Reichsregierung in neuer, noch vielseitigerer Bedrängnis. Geht es man ihr zu, daß jede künftige Reparationsleistung zum mindesten eine Neuordnung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung voraussetzt, so drängt man sie um so ungeduldiger, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Hier es sonst einfach: „Zahlen!“, so lautet die Forderung jetzt: Stillhalten und sanieren lassen. Die Gläubiger haben sich in Vornünder verwandelt. Fast jeder hat einen Plan in der Tasche, durch dessen Ausführung das Deutsche Reich finanziell gesund und noch reichliche Überschüsse zur Belohnung des Ratgebers aufbringen kann; ausnahmslos jeder leistet den Vätern der anderen erbitterten Widerstand. Die Reichsregierung, sonst nur von zwei entgegengesetzten Seiten gezerrt (und dadurch unbeweglich) ist nunmehr der Hilfsbereitschaft der Auslandsmächte, der Parteien, der Wirtschaftsgruppen ausgesetzt und dreht sich, dem zeitlichen Zuge folgend, hilflos im Kreise.

Das Ausland ist, bei allen sonstigen Gegenjahren, heute darin einig, daß dem Deutschen Reich geholfen, daß seine Wirtschaft und Währung „saniert“ werden muß. Aber wie? England sagt: durch eine lange Zahlungsruhe, späterhin durch einen Auslandskredit, der von den Gläubigermächten, besonders also von Frankreich, verbürgt werden muß. Frankreich erklärt: durch scharfe, bis zur Entmündigung verstärkte Aufsicht, der die Festigung der Papiermark nur Mittel zu dem Zweck ist, die deutschen Zahlungen wieder in Fluß zu bringen. Jeder dieser Helfer glaubt aus seinem Plan einen Sondervorteil für sich herauszuschlagen; England, indem es die Gefahren der Schuldenbürgschaft auf Frankreich abwälzt und, im günstigsten Fall, einen Nachschuß seiner eigenen Forderungen an Frankreich vermeidet — Frankreich, indem es versucht, Deutschland zum Alleinschuldner zu machen und, im ungünstigsten Fall, die Streichung seiner eigenen England- und Amerikaschulden als unabwendbar erscheinen läßt. Beide Gläubigermächte oder verlangen, daß zunächst Deutschland selbst, freiwillig oder gezwungen, für die Festigung seiner Mark etwas tue.

Damit sind die Verlegenheiten der Reichsregierung zugleich auf das innerpolitische Gebiet übertragen. Und auch hier stößt sie unter dem Nachdruck, mit dem ihr Rat und Hilfe angeboten werden. Sie sieht die Mark unaufhaltbar sinken, die deutsche Finanzhoheit mit Entmündigung, den inneren Bestand des Reiches durch einen Massenaustand gegen die „Teuerung“ bedroht. In dieser Not erkennt sie allerhand Hilfsmittel, von denen sie selbst nicht genau zu sagen weiß, ob sie lediglich die Mark „beseitigen“ oder, unter Preisgabe des Papiergelds, wenigstens eine wertbeständige Rechnungseinheit schaffen sollen. Nicht minder zwiespältig ist aber die Kritik, die an diesen Plänen und Maßregeln geübt wird. Das Kapital (wenn man darunter die zunächst mit Geld rechnenden Wirtschaftsformen versteht) will die als ungewinnlich erkannte Devisen-Notverordnung beseitigen; die Sozialdemokratie will sie verschärfen. Die wirtschaftlich eingestellten Parteien treten für einen angemessenen Preis des Unlagesgetreides ein, die Sozialisten, die mit der Stimmung der Verbraucher zu rechnen gezwungen sind, widerlegen sich. Der Gegenstand besteht auf dieser Weise innerhalb der Regierung selbst, zumal man dort auch über den Plan der Goldschaffschemine, den das Wirtschaftsministerium um der „wertbeständigen“ Rechnungseinheit willen billigt, das Finanzministerium aus nicht unbegründeten Bedenken ablehnt, uneinig ist. Schließlich kommt der ganze Kampf auf die Grundfrage hinaus: Zwangswirtschaft oder Goldmarkrechnung? Es hat keinen Sinn, über Getreidepreise zu streiten, die vielleicht in vier Wochen längst überschritten sind, und der Geldentwertung mit kleinen Mitteln beizukommen, ohne den Verlust zu machen, durch Verstaatlichung im großen die Wirtschaft grundsätzlich vom

Dollarkurs loszulösen. Da die Zwangswirtschaft unter keinen Umständen zurückkehren darf, und da in Deutschland noch niemand ein zuverlässiges Mittel der Papiermarkbeseitigung sieht, werden wir zunächst wohl zu irgendeiner Art der Goldmarkrechnung gelangen. Weiter haben die Ratgeber drinnen und draußen die Reichsregierung jedenfalls nicht gebracht!

Die Reparationskommission und Deutschlands Finanzmiserie.

D. Paris, 24. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat gestern nachmittag die Debatte über die englischen und französischen Vorschläge zu der Finanzmiserie in Deutschland wieder aufgenommen. Der italienische, belgische und amerikanische Vertreter, der letztere nur in halbamtlicher Stellung, entwickelten ihre Gesichtspunkte, und Sir John Bradburne ließ, wie der „Temps“ meldet, sich dem französischen Standpunkt im Hinblick auf eine verstärkte und sofort anzuwendende Finanzkontrolle in Deutschland genähert haben, ohne jedoch seine Überzeugung, daß ein zweijähriges Moratorium gleichzeitige Notwendigkeit sei, auszusprechen. Die Debatte wird noch einige Tage in Anspruch nehmen, doch berichtet die Kommission die Ansicht, daß eine möglichst rasche Entscheidung mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland unter allen Umständen notwendig sei.

Ein Kompromiß?

D. Paris, 24. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission nahm in ihrer gestrigen Nachmittags-Sitzung die Debatte über die französischen Gegenanträge auf. Sämtliche Vertreter in der Reparationskommission ergriffen bei dieser Gelegenheit das Wort, auch Bradburne. Von amtlicher Seite wird über den Verlauf der Sitzung keinerlei Mitteilung herausgegeben. Auch die jetzt aus informierten Pariser Kreise befindlichen sich in vollkommenster Unklarheit über den Gang der gestrigen Debatte. Es verlautet zwar, daß die Ausführungen Bradburnes wesentliche neue Gesichtspunkte enthalten hätten, so daß man nicht nur von einer kritischen Erwiderung, sondern sogar von einem tatsächlich neuen Vorschlag sprechen könne. Aber auch hier handelt es sich nur um Vermutungen, da sämtliche Mitglieder der Reparationskommission ihr Versprechen, nichts über die gestern stattgefundene Sitzung in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, strikte einhalten. Nach Schluss der Sitzung wurde der französische Vertreter in der Kommission von Poincaré empfangen, der mit ihm eine lange Unterredung hatte, zu der auch Minister Raibet und Ministerialdirektor Soudoux sowie verschiedene Sachverständige hinzugesetzt wurden. Über den Gegenstand der Beratungen verlautet, daß die gestrigen Ausführungen Sir John Bradburnes der Beratungstisch hielten. Demnach scheint es sich bei den Ausführungen Bradburnes tatsächlich um etwas mehr als eine bloße Erwiderung gehandelt zu haben. In verschiedenen politischen Kreisen, die in enger Fühlung mit dem Quai d'Orsay stehen, wird behauptet, daß die Beratungen in der Reparationskommission einen Standpunkt Bradburnes ergeben hätten, der von seiner früheren Haltung gänzlich verschieden ist. Man räumt an, daß er von Lord Curzon Anweisungen erhalten habe, sich den französischen Plänen anzuheften zu lassen. Unter welchen Bedingungen er sich den französischen Vorschlägen so weit genähert hat, daß man in Paris bereits heute morgen von dem bevorstehenden Abschluss eines Kompromisses spricht, ist natürlich noch unbekannt.

Die deutschen Leistungen und Lieferungen.

Br. Berlin, 24. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei über die Höhe der Reparationsleistungen und die bisherigen Leistungen und Lieferungen ist dem Reichsfinanzminister wie folgt beantwortet worden: Am 11. März 1922 haben in Paris die Finanzminister Belgiens, Großbritanniens und Italiens ein Übereinkommen unterzeichnet, das Bestimmungen über die Höhe der Belohnungsleistungen enthält. Danach werden die deutschen Zahlungen für die Belohnungsarmen Belgiens, Großbritanniens und Frankreichs vom 1. Mai 1922 ab auf

162 Millionen belgische Franken,
2 Millionen Pfund Sterling und
460 Millionen französische Franken
jährlich festgelegt. Diese Zahlen sind auf der Grundlage eines Gesamtbeitrages von 220 Millionen Goldmark, wie das Abkommen ausdrücklich erwähnt, errechnet. In dieser Summe sind die Zahlungen nicht enthalten, die Deutschland aus Artikel 8 bis 12 des Rheinlandabkommens (Rheinabkommen vom 28. Juni 1919) zu tragen hat. Das Abkommen vom 11. März 1922 ist in dem Beilagenheft zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922 (Reichsdruckerei Nr. 4140, S. 190) in seinem vollen Wortlaut enthalten. Es ist der deutschen Regierung nach Ratifikation durch die beteiligten Staaten mit Note der Reparationskommission vom 17. Mai 1922 mitgeteilt worden. Nach Artikel 2 des Beilagenheftes der Reparationskommission vom 21. März 1922 (Reichsdruckerei Nr. 4140, S. 160) werden die deutschen Zahlungen auf die in dem gleichen Zeitraum gemachten Sachleistungen verrechnet, d. h. die sind abgezogen, wenn die Sachleistungen mindestens diese Höhe erreichen.

Deutschland hat bisher an die Alliierten unter Einwirkung von 15 Milliarden Goldmark für „Vorauszahlungen“ (Reparationen) insgesamt 4,6 Milliarden Goldmark bezahlt. Fügt man dazu den Wert der Kolonien und den Wirtschaftswert der abgetretenen oberitalienischen und westpreussischen Gebiete, so ergibt sich eine Gesamtsumme von weit über 100 Milliarden Goldmark.

Die Ausprache der Parteiführer mit der Regierung.

as. Berlin, 24. Okt. (Drahtmeldung unserer Berliner Abteilung.) Die große Gespanntheit der innen- wie außenpolitischen Lage und die ungeheure Entwertung der Mark haben dazu geführt, daß zwischen der Regierung, vertreten durch den Reichskanzler, und den fünf Parteien der Mitte, vertreten durch deren Führer, gestern nachmittag im Reichstag eine grundsätzliche und bedeutende Auseinandersetzung über die für die nächste Zukunft zu befolgende Politik des Reiches eingeleitet worden ist. Nachdem am Vormittag in einer Sitzung des Kabinetts das Gesprächsmaterial geklärt worden war, versammelte der Reichskanzler nachmittags um 5 Uhr die Führer zu einer Besprechung um sich. Hinzugezogen wurden eine Reihe von Ministern und auch mehrere Berliner Vertreter der Länderregierungen. Den materiellen Anlaß zu der Konferenz hatte die Fraktion der deutschen sozialdemokratischen Partei gegeben, die beim Reichskanzler direkt vorstellig geworden war und zum Ausdruck gebracht hatte, daß nach ihrer Auffassung die gesamte Wirtschaftspolitik einer einschneidenden Neuordnung und Nachprüfung auf etwaige neue Gesichtspunkte unterzogen werden müßte.

In der Besprechung mit den Parteiführern eröffnete der Reichskanzler die Diskussion mit einem Exposé über die jüngste Entwicklung, wobei er auch das Reparationsproblem und die Möglichkeit oder vielmehr Unmöglichkeit der Sachleistungen in dem bisherigen Umfang erörterte. Davon ausgehend entspann sich eine Diskussion über diese Frage sowie über die anderen zurzeit schwebenden Probleme, insbesondere über die Devisenordnung und die Aktion, durch weitere Maßnahmen eine Stützung der Mark herbeizuführen. Es scheint sich dabei ergeben zu haben, daß die Sozialdemokraten entschlossen sind, hinter ihren Fraktionsgenossen, den Reichswirtschaftsminister Schmidt, zu treten. Die Beauftragten der Vereinigten Sozialdemokratie machten schließlich die Mitteilung, daß sie keine bindenden Erklärungen über die Stellung ihrer Partei abgeben könnten. Die Fraktion gedachte in unmittelbarem Anschluß an die Plenarsitzung zusammenzutreten. In dieser Besprechung wurde im einzelnen zu den von dem Reichskanzler und den Demokraten angeführten Fragen Stellung genommen. Der Kanzler und die Vertreter der anderen Parteien nahmen diese Mitteilung zur Kenntnis und man beschloß sodann, die Konferenz abzubauen und heute vormittag fortzusetzen.

Es ist nun ein offenes Geheimnis, daß die Sozialdemokraten aller Voraussicht nach infolge der weiteren gefährlichen Zuspitzung der Lage des Reiches Wert darauf legen werden, aus der Regierung auszutreten, um rechtzeitig in die angenehme Oppositionsstellung gelangen zu können. Auf der anderen Seite sind die bürgerlichen Parteien aber der Auffassung, daß diese Fahrensucht allzu bequem wäre, als daß man den Sozialdemokraten Gelegenheit dazu geben sollte. Jedenfalls trat gestern abend die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen und tagte bis in die späten Nachstunden hinein. Sie vertrat einmütig den von ihren Vertretern bisher eingenommenen Standpunkt. Der „Vorwärts“ umreißt heute nochmals das sozialdemokratische Programm und stellt folgende Forderungen auf: Als Ergänzung zur Devisenordnung die Schaffung eines wertbeständigen Inlandspapiers, ferner eine Stützungsaktion für die Mark, wozu ein Teil der Goldbestände der Reichsbank heranzuziehen wäre. Eine Revision unserer heutigen Gesetzgebung, eine Verbesserung der Steuerquellen, eine energische Drosselung jeder Art lediglich der Befriedigung von Luxusbedürfnissen dienenden Einfuhr. Man müßte die währungs- politischen Maßnahmen nach der finanz- und wirtschaftspolitischen Seite hin ergänzen. Der Bedarf an notwendigen Einfuhrgütern, die Lebensmittel, müßte nach Möglichkeit eingeschränkt werden, indem die im Inland erzeugten Lebensmittel für die Volksernährung gesichert werden.

In der heutigen Fortsetzung der gestern abgebrochenen Konferenz mit den Parteiführern wird es sich hauptsächlich darum handeln, Beschluß zu fassen über den Vorschlag Dr. Wirths, im Reichstag, also sozusagen vor der großen Öffentlichkeit, die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Reiches in einer eingehenden Erklärung zu schildern. Dr. Wirth schien gestern bereit zu sein, diese Erklärung in der heutigen Sitzung abzugeben. Das würde aber gleichzeitig bedeuten, daß der Reichstag sich nicht heute bis zum 7. November vertagt, sondern in eine Besprechung dieser Regierungserklärung eintreten würde.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Dr. Wirth gestern auch eine einstündige Besprechung mit Hugo

